

Finanzamt geht, Rechnungshof kommt

Von Peggy Zill

Das Gesetz zur sogenannten Staatsmodernisierung ist verabschiedet. Döbeln verliert und gewinnt beim Behördenkarussell.

Nach einer stundenlangen Debatte hat die Mehrheit der Landtagsabgeordneten für die Neuordnung der Verwaltungs- und Justizbehörden in Sachsen gestimmt. Döbeln ist Gewinner und Verlierer zugleich beim Behördenkarussell. Das Gesetz sieht vor, dass der Sächsische Rechnungshof seinen Sitz von Leipzig nach Döbeln verlegt. Derzeit sind dort rund 167 Mitarbeiter beschäftigt. Der Landtagsabgeordnete Sven Liebhauser (CDU) schlägt vor, dass diese in der ehemaligen Kaserne in Döbeln untergebracht werden. Dort wird Platz, weil das Straßenbauamt, das jetzt Landesamt für Straßenbau und Verkehr heißt, nach Zschopau verlegt wird. Zu den Gewinnern gehört das Amtsgericht Döbeln. Dieses wird mit dem Amtsgericht Hainichen zusammengeführt, das dann ab nächstem Jahr nur noch Zweigstelle ist. Verabschieden müssen sich die Döbelner von ihrem Finanzamt. Davon gibt es dann nur noch eins im Landkreis: in Freiberg. Mit dieser sogenannten Staatsmodernisierung will Sachsen bis 2021 durch weniger Personal und den Auszug aus Mietobjekten insgesamt rund eine Milliarde Euro einsparen.

Nachteile überwiegen

Der SPD-Politiker Henning Homann bezeichnet das neue Gesetz als Millionengrab. „300 Millionen Euro wird der Freistaat Sachsen für Schließung und Umzüge von Behörden ausgehen. Bezahlen werden das die Bürgerinnen und Bürger“, so Homann. Da die Nachteile für Mittelsachsen klar überwiegen, habe er in der Endabstimmung mit „Nein“ gestimmt. Allerdings war er für den Umzug des Rechnungshofes nach Döbeln. „Aus meiner Sicht ist die Zentralisierung der falsche Weg“, erklärte Homann. Stattdessen hätte man auf kleine, effiziente und flexible Verwaltungseinheiten setzen sollen. „Das wäre modern und dazu auch noch bürgernah.“

Sven Liebhauser (CDU) bezeichnete es als bedauerlich, dass das Finanz- und Straßenbauamt Döbeln verlassen. Dabei müsse man darauf achten, dass die Mitarbeiter bei den Planungen mitgenommen werden. „Dazu gehört, dass die Mitarbeiter des Straßenbauamtes, wenn es die Möglichkeit gibt, nicht nach Zschopau müssen, sondern nach Meißen oder Dresden können“, erklärt Liebhauser. Bis 2017 sei für diese Planungen noch Zeit. „Das alles passiert nicht über Nacht.“

Mietvertrag bis 2020

Am Ende habe es im Freistaat keine Gewinner oder Verlierer gegeben. „Ich freue mich, dass der Rechnungshof kommt“, so Liebhauser. Im nächsten Schritt werde ein Konzept erarbeitet.

Ab 2016 soll die Planung für den Umzug von Leipzig beginnen. Spätestens 2020 ist der Rechnungshof dann in Döbeln. Bis dahin läuft der Mietvertrag im Paunsdorf Center. Die alte Kaserne in Döbeln scheint Liebhauser noch immer am besten geeignet für die Rechnungsprüfer.

Labore in Nossen

Alle Labore der Staatlichen Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft und dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie werden in Zukunft außerdem im Grünen Zentrum Nossen konzentriert. Weitere Veränderungen gibt es in der Polizeistruktur. Döbeln gehört voraussichtlich ab nächstem Jahr zur Polizeidirektion Chemnitz. Das Revier in Döbeln bleibt erhalten. Hartha, Leisnig, Ostrau, Roßwein und Waldheim bekommen Bürgerpolizisten.